



---

## **Haushalts- und Finanzausschuß**

67. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)<sup>\*)</sup>

14. Dezember 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.40 Uhr bis 11.30 Uhr;

12.30 Uhr bis 13.35 Uhr

Vorsitz: Leo Dautzenberg (CDU)

Stenograph/in: Franz-Josef Eilting, Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 **Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Siebtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - Siebtes ÄndLBesG)** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2928

Drucksache 12/3287 (Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung)

Vorlagen 12/2387, 12/2439, 12/2495 und 12/2497

Der Ausschuß berät den Gesetzentwurf abschließend.

Der **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Vorlage 12/2497** wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN **Vorlage 12/2495** wird gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

---

<sup>\*)</sup> Vertraulicher Teil siehe Vertrauliches Ausschußprotokoll 12/29

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 12/2928** unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **angenommen**.

**Berichterstatter:** Robert Krumbein (SPD)

2 **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3302 und 12/3550  
in der Fassung nach der zweiten Lesung  
Drucksache 12/3517

Schlußberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der **Gesetzentwurf** der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung wird ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **zur dritten Lesung angenommen**.

**Berichterstatter:** Reinhold Trinius (SPD)

**3 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz) 4**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/3300, 12/3400 (1. Ergänzung) und Drucksache 12/3550 (2. Ergänzung) in der Fassung nach der zweiten Lesung

Drucksachen 12/3500 bis 12/3503, 12/3505, 12/3508, 12/3510 bis 12/3516

Vorlage 12/2498 (Änderungsanträge der Fraktion der CDU)

Vorlage 12/2499 (Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN)

Aufgerufen sind ferner alle in der Schlußsitzung zur zweiten Lesung vorgelegenen Beratungsunterlagen sowie alle den Haushaltsentwurf 1999 betreffenden Zuschriften

*Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/3552 enthält sämtliche zur dritten Lesung gefaßten Beschlüsse, den Wortlaut aller gestellten Anträge mit der jeweiligen Begründung sowie Ausführungen über die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen.*

Der Diskussionsteil enthält die Diskussionen zu den folgenden **offenen Beratungspunkten** aus der Schlußsitzung zur zweiten Lesung:

- **Sachstand der Beratungen zur Stellenausstattung der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen im Bereich der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter** 5
- **Zahlung der Restkaufsumme von 100 Millionen DM für den Verkauf des Landesanteils am Düsseldorfer Flughafen** 6
- **Einzelplan 02:**  
**Offene Fragen aus dem Berichterstattergespräch - Vorlage 12/2438** 8
- **Einzelplan 20, Kap. 20 020 Tit. 685 10:**  
**Anteile der Rennvereine an der Totalisatorsteuer** 9

Nach Abstimmung über die Änderungsanträge faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

"Der Finanzminister wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz in Kapitel 20 020 Titel 371 10 'Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlußsummen des Haushaltsplans' zu verändern."

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** und damit der Haushaltsplan in der Fassung nach der zweiten Lesung unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **angenommen**.

**Berichterstatterin:** Gisela Meyer-Schiffer (SPD)

#### 4 **Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1998 bis 2002**

Unterrichtung durch die Landesregierung  
Drucksache 12/3301

Der Ausschuß **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, die Unterrichtung durch die Landesregierung zur **Kenntnis zu nehmen**.

**Berichterstatter:** Lothar Niggeloh (SPD)

#### 5 **Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Gruppenstärken und über die Betriebskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (Betriebskostenverordnung - BKVO)**

Vorlagen 12/2416 und 12/2484

Zuschriften 12/2538, 12/2539, 12/2542, 12/2548, 12/2566 und 12/2567

Der Ausschuß **stimmt** dem Verordnungsentwurf - Vorlage 12/2416 - ohne Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen

der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu.

**6 Gesetz zur Neufassung des Landesreisekostengesetzes, zur Änderung des Landesumzugskostengesetzes, zur Änderung des Ausschußmitglieder-Entschädigungsgesetzes und zur Überlassung von Parkflächen bei Landesbehörden**

12

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2960

Vorlagen 12/2083, 12/2236 und 12/2493

Zuschriften 12/2036, 12/2037, 12/2046, 12/2049, 12/2050, 12/2051, 12/2054, 12/2055, 12/2066, 12/2067, 12/2069, 12/2070, 12/2077, 12/2078, 12/2079, 12/2081, 12/2083, 12/2086, 12/2131, 12/2161, 12/2180, 12/2535

Ausschußprotokoll 12/917

Nach Berichterstattung aus dem Unterausschuß "Personal" übernimmt der Ausschuß den in der Sitzung des Unterausschusses mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommenen **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN (*siehe dazu Beschlußempfehlung und Bericht Drucksache 12/3594*) mit demselben Stimmverhalten.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf Drucksache 12/2960** unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **angenommen**.

**Berichterstatter:** Erwin Siekmann (SPD)

**7 Verschiedenes**

13

Verabschiedung des Ausschußvorsitzenden Leo Dautzenberg.



- 2 **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3302 und 12/3550  
in der Fassung nach der zweiten Lesung  
Drucksache 12/3517

Schlußberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Keine Diskussion. - Änderungsanträge werden nicht gestellt. (*Ergebnis siehe Beschlüßteil.*)

- 3 **Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3300, 12/3400 (1. Ergänzung) und Drucksache 12/3550 (2. Ergänzung) in der Fassung nach der zweiten Lesung  
Drucksachen 12/3500 bis 12/3503, 12/3505, 12/3508, 12/3510 bis 12/3516

Vorlage 12/2498 (Änderungsanträge der Fraktion der CDU)

Vorlage 12/2499 (Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN)

Aufgerufen sind ferner alle in der Schlußsitzung zur zweiten Lesung vorgelegenen Beratungsunterlagen sowie alle den Haushaltsentwurf 1999 betreffenden Zuschriften

*Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/3552 enthält sämtliche zur dritten Lesung gefaßten Beschlüsse, den Wortlaut aller gestellten Anträge mit der jeweiligen Begründung sowie Ausführungen über die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen. In diesem Protokoll werden ausschließlich Diskussionen wiedergegeben, die über die Darlegungen in der genannten Drucksache hinausgehen.*

**Offene Beratungspunkte aus der Schlußsitzung zur zweiten Lesung:**

- **Sachstand der Beratungen zur Stellenausstattung der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen im Bereich der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter**

Vorsitzender **Leo Dautzenberg** erinnert daran, daß sich der Ausschuß in der letzten Sitzung darauf verständigt habe, heute vom Vorsitzenden des Unterausschusses "Personal" über den Sachstand unterrichtet zu werden. Es solle einen Brief der Arbeitsgemeinschaft der Kanzler geben, in dem gebeten werde, im Parlament nicht weiter über das Thema zu beraten, weil eine Regelung mit dem Ministerium gefunden werden solle. Ihm liege die Kopie eines Briefes an die Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses vor, aus dem hervorgehe, daß inzwischen mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung Schritte zur schnellen Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten für die auch vom Ministerium angedeuteten konkreten Defizite vereinbart worden seien. Es heiße weiter:

"Wir gehen deshalb davon aus, daß es zu Problemlösungen kommen wird. Eine Behandlung im Wissenschaftsausschuß scheint mir daher nicht notwendig zu sein."

Als Vorsitzender des HFA könne er sich damit aber nicht zufrieden geben, weil der Ausschuß ja einen Auftrag an den Unterausschuß "Personal" gerichtet habe.

**Peter Bensmann (CDU)** legt dar, er habe als Vorsitzender des Unterausschusses diesen Brief ebenfalls zur Kenntnis bekommen, verbunden mit der Bitte, im Unterausschuß "Personal" in gleicher Weise zu verfahren. Der Sprecher der Kanzler habe ihm dies bestätigt und ihn gebeten, den Antrag nicht weiter zu behandeln, um die Gespräche zwischen der Kanzlerrunde und der Landesregierung nicht zu stören. Er habe zugesagt, die Fraktionen im nächsten Jahr über die Einzelheiten zu informieren. Falls es kein befriedigendes Ergebnis geben sollte, wolle man den Antrag wieder aufleben lassen. - Im Interesse der Antragsteller sei der Unterausschuß in der dargestellten Weise verfahren.

Ob es zutreffe, daß der Wissenschaftsausschuß die Arbeitsgemeinschaft der Kanzler habe hören wollen, dies aber von der zuständigen Ministerin untersagt worden sei, möchte **Vorsitzender Leo Dautzenberg** wissen. - **Peter Bensmann (CDU)** bestätigt diesen Sachverhalt. Auch für den Unterausschuß "Personal" sehe er im Moment keine Möglichkeit, ein Anliegen zu verfolgen, wenn die Antragsteller selbst darum bäten, davon Abstand zu nehmen.

Auf Bitte des **Vorsitzenden Leo Dautzenberg** legt **Ministerialrat Thetard (MSWWF)** dar, inzwischen sei eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, in der der Kanzler mit sachkundigen Personen und die Personal-, die Haushalts- und die Hochschulabteilung des Ministeriums vertreten seien. In einer ersten Sitzung seien Aufgaben verteilt worden. Die Defizite sollten angegangen werden; das Ministerium hoffe, eine Einigung zu erreichen.

**Helmut Diegel (CDU)** würde gerne erfahren, mit welcher Zielrichtung und welcher zeitlicher Perspektive die Arbeitsgruppe gebildet worden sei. - Zunächst solle in Unterarbeitsgruppen sondiert werden, welche Defizite aufgetreten seien, antwortet **MR Thetard (MSWWF)**. Dann müsse man vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltslage prüfen, wo bei anderen Bereichen zusätzlich etwas erwirtschaftet werden könne. In einigen Fällen könne vielleicht auch eine hochschulinterne Lösung gefunden werden.

Entsprechend dem Vorschlag des Vorsitzenden sagt **Peter Bensmann (CDU)** zu, seitens des Unterausschusses die Angelegenheit intensiv weiterzuverfolgen.

- **Zahlung der Restkaufsumme von 100 Millionen DM für den Verkauf des Landesanteils am Düsseldorfer Flughafen**

**Ministerialrat Düring (MWM-TV)** berichtet, er habe gemeinsam mit einem Vertreter des Finanzministeriums den Privatisierungsprozeß und die Vertragsverhandlungen begleitet. Zuerst sei ihm wichtig festzuhalten, daß sich die Frage der Zahlung des Restkaufpreises konkret erst in etwa einem Jahr, vermutlich im November 1999, stellen werde. Das liege daran, daß nach der Vertragslage der Restkaufpreis in fünf gleichen jährlichen Raten von 20 Millionen DM ausgezahlt werden solle, wobei neben ein materielles Kriterium auch ein eher formelles Kriterium trete.

Das materielle Kriterium sei die Genehmigungslage: Die Genehmigung für den Sommerfahrplan des nächsten Jahres müsse 105 000 gewerbliche Flugbewegungen vorsehen. Das eher formelle Kriterium sei: Diese Voraussetzung müsse jeweils zu Beginn der IATA-Flugplankonferenz, die immer im Herbst stattfindet, erfüllt sein, und außerdem müsse die Genehmigungsentscheidung bestandskräftig sein. Da vor Vertragsabschluß davon ausgegangen worden sei, daß eine solche Genehmigung nicht sofort bestandskräftig werde, sei festgelegt worden, daß eine unanfechtbar gewordene Anordnung der sofortigen Vollziehung der Genehmigung genüge.

Diese sofortige Vollziehung sei, wie erwartet, ausgesprochen worden. Das Ministerium habe mit Klagen auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gerechnet. Diese seien dann auch eingereicht worden; über die diesbezüglichen Eilverfahren habe das OVG Münster noch nicht entschieden. Folglich habe zum Beginn der IATA-Flugplankonferenz im November 1998 wegen mangelnder Bestandskraft der Genehmigung noch kein Anspruch gestellt werden können. Für Airport Partners habe sich die Frage der Auszahlung aus bestimmten anderen Gründen ohnehin erst für das nächste Jahr gestellt.

Im Ergebnis werde sich also erst bei der IATA-Flugplankonferenz 1999 entscheiden, ob dem Land die ersten 20 Millionen DM zustünden. Dann werde sich auch die jetzt in den Zeitungen thematisierte materielle Frage stellen, ob es auf die rechtlich möglichen Flugbewegungen oder, wie Airport Partners meine, auf die tatsächlichen Flugbewegungen ankomme.

Hier sei die Vertragslage eindeutig: Es komme auf die "Zulassung" an. Dieser Begriff finde sich an zwei Formulierungen des Vertrages; daran gebe es nichts zu deuteln. Er sei überzeugt, daß das Land dann die ersten 20 Millionen DM beanspruchen könne.

**Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)** fragt, ob es Einwände von Airport Partners gebe, die darauf hindeuteten, daß sich die andere Seite für berechtigt halte, an der Gesamtkaufsumme einen Abschlag vorzunehmen.

**MR Düring (MWM-TV)** antwortet, im Ministerium sei ein Brief von Airport Partners eingegangen, in dem das Ergebnis der diesjährigen Flugplankonferenz mitgeteilt und darum gebeten werde, das für die Restkaufpreiszahlung zur Kenntnis zu nehmen. Das sei nicht die Geltendmachung eines Anspruchs, möglicherweise aber die Andeutung einer anderen Sichtweise.

Wie er da sicher sein könne, daß das Land im nächsten Jahr 20 Millionen DM zu erwarten habe, fragt **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)** nach. - Wenn das Land zu Beginn der nächsten IATA-Flugplankonferenz die Voraussetzungen als gegeben ansehe, weil das OVG Münster bis dahin ja wohl entschieden haben werde, werde es die 20 Millionen DM begehren, erwidert **MR Düring (MWM-TV)**. Wie sich Airport Partners dann verhalte, könne er natürlich nicht vorhersagen.

Daraus folgert **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)**, daß die 20 Millionen DM auf dem Notaranderkonto ständen, aber noch nicht sicher sei, ob das Land sie bekommen werde, weil Airport Partners möglicherweise Einwendungen geltend mache.

Eine weitere Frage sei, was mit den anfallenden Zinsen geschehe, wenn sich Airport Partners immer wieder auf die fehlende Bestandskraft der Genehmigung berufe.

**Finanzminister Heinz Schleußer** betont, er wolle die 20 Millionen DM nebst Zinsen. Das Geld liege auf einem Festgeldkonto, und wer die 20 Millionen erhalte, bekomme auch die Zinsen. Es sei ihm unbegreiflich, daß schon am Anfang eines Prozesses Spekulationen angestellt würden, wie dieser Prozeß wohl ausgehen werde. Er könne noch etwas warten, aber er sei sicher, daß das Geld in die Kassen des Landes fließen werde.

**Helmut Diegel (CDU)** bezeichnet es als merkwürdig, daß Herr Düring nach anfänglich geäußerter Zuversicht dann doch Einschränkungen gemacht habe. Er hätte gern gewußt, wie die Ergebnisse der juristischen Prüfung lauteten, die seine Zuversicht hervorgerufen hätten.

**MR Düring (MWM-TV)** bittet, seine Aussage, daß er nicht wisse, wie Airport Partners sich verhalten werde, nicht so zu verstehen, als ob seitens des Landes Zweifel an der sicheren vertraglichen Lage bestünden. Die eigenen Prüfungen hätten eindeutig ergeben, daß der Vertrag wasserdicht sei. In ihm sei zweimal von "Zulassung" die Rede. An einer Stelle heiße es "bestandskräftig zugelassen"; an einer zweiten Stelle: "Wenn ein Bescheid über die Zulassung von 105.000 ... vorliegt". Auch in den Vertragsverhandlungen sei auf die Bestandskraft des Bescheides abgestellt worden.

Der vorliegende Bescheid erfülle diese Voraussetzungen, weil er mehr als 105.000 Flugbewegungen zulasse. Daß das Land in diesem Jahr die 20 Millionen DM noch nicht beanspruchen könne, liege daran, daß das OVG Münster noch nicht über die Eilverfahren entschieden habe.

Wie lange Airport Partners denn nach Einschätzung des Ministeriums die Bestandskraft und damit auch die Zahlung der 20 Millionen DM hinauszögern könne, fragt **Helmut Diegel (CDU)**. - Das Ministerium ist nach Angabe von **MR Düring (MWM-TV)** von vornherein davon ausgegangen, daß die erste Rate erst 1999 zur Auszahlung komme; denn man habe nicht damit gerechnet, daß das OVG Münster schon bis zum November 1998 entschieden haben würde. Insofern gehe es nicht um "Verzögerungen". Das Oberverwaltungsgericht müsse und werde im Laufe des nächsten Jahres über die Eilverfahren entscheiden.

- **Einzelplan 02:**

**Offene Fragen aus dem Berichterstattergespräch - Vorlage 12/2438**

Auf Frage des **Vorsitzenden Leo Dautzenberg** bezeichnet **Finanzminister Heinz Schleußer** es als notwendig, die Vertraulichkeit herzustellen, falls der Ausschuß über die umfangreiche Darlegung in seinem schriftlichen Bericht hinausgehen wolle. - Der Ausschuß beschließt daraufhin einstimmig die Vertraulichkeit der Sitzung gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung.

*(Vertraulicher Teil siehe Vertrauliches Ausschußprotokoll 12/29.)*

**Einzelplan 20, Kap. 20 020 Tit. 685 10:**

**Anteile der Rennvereine an der Totalisatorsteuer**

**Helmut Diegel (CDU)** stellt fest, die Reduzierung des Ansatzes basiere ganz offensichtlich darauf, daß Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN sonst nicht gedeckt werden könnten. Er konzidiere durchaus, daß die Auswirkungen von Deckungsvorschlägen nicht immer von vornherein in voller Gänze übersehen werden könnten. Insofern wäre es kein Zeichen von Schwäche, wenn man sich nun im Parlament dazu durchringe, andere Deckungsmöglichkeiten zu finden.

Er formuliere das so eindringlich, weil erstens von den elf Kommunen, in denen Rennbetrieb stattfindet, einvernehmlich an den Landtag appelliert worden sei, von dieser Kürzung Abstand zu nehmen. Zweitens gebe es Informationen, wonach die Rennvereine ohnehin schon von Umsatzrückgängen betroffen seien, die sie in finanzielle Nöte stürzten. Drittens habe man inzwischen erfahren, daß die Rennvereine durch den Entzug von Mitteln aus dem Spiel 77 weitere finanzielle Kürzungen hinzunehmen hätten.

Jeder Abgeordnete möge seine eigene Meinung darüber haben, inwieweit die Rennvereine Kürzungen hinnehmen könnten. Aber es müsse doch für jeden nachvollziehbar sein, daß solche Vereine nicht gleichzeitig dreifach belastet werden dürften. Die CDU-Fraktion verstehe deshalb die Bitten der Betroffenen, auf die vorgesehene Kürzung zu verzichten. Er wisse inzwischen, daß die Appelle durchaus auch bei Mitgliedern der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN Gehör fänden. Auch Ministerin Höhn solle inzwischen erklärt haben, daß sie die Auswirkungen der Kürzung nicht in vollem Umfang gekannt habe. Er bitte deshalb die Regierungsfractionen, sich im Interesse der Sache noch einmal zu bemühen, einen anderen Deckungsvorschlag zu finden.

**Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)** stellt zunächst klar, daß Ministerin Höhn an dem Zustandekommen des Deckungsvorschlags nicht beteiligt sei; sie habe vielmehr den Haushaltsentwurf der Landesregierung mitgetragen. Die Absenkung des Anteils der Vereine an der Totalisatorsteuer auf 93 % sei eine Entscheidung der Koalitionsfraktionen gewesen.

Selbstverständlich hätten die Proteste gegen die Kürzung nachdenklich gemacht. Auch seine Fraktion habe deshalb überlegt, ob eine andere Deckung gefunden werden könne, sei allerdings zu keinem anderen Ergebnis gekommen. Die Frage sei nun, ob die Landesregierung vielleicht doch noch die Möglichkeit einer anderweitigen Deckung sehe. Wenn nicht, schlage er vor, die Kürzung auf 93 % als eine einmalige Lösung zu betrachten und sich im nächsten Jahr zu bemühen, möglicherweise wieder zu dem alten Ansatz zurückzukehren.

**Lothar Niggeloh (SPD)** macht darauf aufmerksam, daß die Rennvereine in Baden-Württemberg nur einen Anteil von 90 % an der Totalisatorsteuer erhielten und damit offensichtlich leben könnten. Wenn die vorgesehene Kürzung um rund 150.000 DM je Verein wirklich so schlimm sei, wie es die Betroffenen darstellten, müßten die Vereine seines Erachtens auch

Bilanzen und andere Unterlagen auf den Tisch legen, aus denen hervorgehe, wo bei ihnen selbst Einsparungen vorgenommen würden oder noch vorgenommen werden könnten. In dem Zusammenhang sei daran zu erinnern, daß die Einkünfte der Buchmacher aus den Wetten angestiegen seien, so daß er nicht wisse, ob die Vereine nicht lediglich den einfachsten Weg suchten und dann Land jammerten. Allein aufgrund der Zuschriften könne er seine Auffassung jedenfalls nicht ändern.

Es wäre opportun gewesen, sich die Bilanzen und anderen Unterlagen der Vereine anzusehen, bevor man eine Kürzung vornehme, entgegnet **Helmut Diegel (CDU)**. Daß dies vielleicht aufgrund der zeitlichen Enge des Beratungsverfahrens nicht möglich gewesen sei, dürfe nicht zu Lasten der Betroffenen gehen. Die CDU-Fraktion unterstütze aber durchaus den Vorschlag von Herrn Niggeloh, sich die Bilanzen der Vereine einmal anzusehen.

Für falsch halte er den Vergleich mit Baden-Württemberg. Dort gebe es nach seinen Informationen nicht elf Vereine wie in Nordrhein-Westfalen, wohl aber eine riesige Rennbahn mit wesentlich höheren Umsätzen.

Nach seiner Auffassung dürfe die Kürzung jedenfalls nicht dazu führen, daß Rennvereine in ihrer Existenz gefährdet würden oder die Kommunen womöglich die Defizite auffangen müßten. Wenn Dr. Bajohr einräume, daß die Kürzung im nächsten Jahr unter Umständen wieder korrigiert werden müsse, mache es doch viel mehr Sinn, jetzt über Parteigrenzen hinweg den Versuch einer gemeinsamen Lösung zu unternehmen und den betroffenen Vereinen und Kommunen ein positives Signal aus dem Parlament zu geben.

Sodann bittet der Redner den Finanzminister, dem Parlament zu helfen und sich dafür zu verwenden, eine andere Deckungsmöglichkeit zu finden.

**Gisela Meyer-Schiffer (SPD)** erscheint das heraufbeschworene Sterben der Vereine zu sehr dramatisiert. Wenn ihre Information richtig sei, daß der Rückfluß der Mittel aus der Totalisatorsteuer zweckgebunden sei, könne sie das Argument, diese Mittel fehlten beim Betrieb und für die Aufrechterhaltung der Existenzfähigkeit der Vereine, ohnehin nicht nachvollziehen. Sie erkenne jedenfalls nicht, daß die Existenz der Vereine in Frage stehe.

Im übrigen meine auch Sie, daß die Rennvereine darüber nachdenken sollten, ob nicht durch bestimmte Maßnahmen wie z. B. die Erhöhung der Zahl der Wettannahmestellen die Einnahmen verbessert werden könnten.

**Hans Kern (SPD)** macht darauf aufmerksam, daß die Landesregierung bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs offenbar noch von einer Erhöhung der Umsätze der Rennvereine, nicht aber von den geltend gemachten Mindereinnahmen von 6 oder 7 % im Jahre 1998 ausgegangen sei.

**Ernst-Martin Walsken (SPD)** stellt fest, die Rennvereine seien nun zum ersten Mal gezwungen, ihre eigenen Geschäfte daraufhin zu überprüfen, ob sie nicht wirtschaftlicher arbeiten könnten, und sich um Einnahmesteigerungen bzw. Einsparungen zu bemühen.

Er bitte auch zu berücksichtigen, daß mit dem Haushaltssicherungsgesetz viele unangenehme Entscheidungen getroffen würden. Wenn die Eltern von Ersatzschülern oder die Beamten zur Kasse gebeten würden, habe er keine Neigung, die Entscheidung zurückzunehmen, die Rennvereine durch eine Kürzung ihres Anteils an der Totalisatorsteuer zu belasten.

Im übrigen sei er überzeugt, daß der Finanzminister der zuständigen Fachministerin zur Seite stehen werde, wenn es darum gehe, einzelnen Vereinen zu helfen, falls diese in eine schwierige Situation gerieten.

**Finanzminister Heinz Schleußer** bestätigt daß der Rückfluß der Mittel der Totalisatorsteuer zweckgebunden, nämlich für Leistungsprüfungen von Pferden, zu verwenden sei.

Er erinnert daran, daß es bereits 1981 den Versuch gegeben habe, die Anteile der Vereine an der Totalisatorsteuer abzusenken.

Richtig sei auch, daß die Einnahmen der Vereine seit Jahren rückläufig seien. Das gesamte Aufkommen der Totalisatorsteuer werde 1998 vermutlich erstmals unter die 50-Millionen-DM-Grenze fallen. Den Menschen in Nordrhein-Westfalen erschienen die Rennwetten, auch im Vergleich zu anderen Glücksspielen, offenbar nicht mehr so attraktiv. Das möge mit der starken Konkurrenzsituation, möglicherweise aber auch mit der Unbeweglichkeit der Rennvereine zu tun haben.

Ob es Möglichkeiten gebe, einzelnen Vereinen zu helfen, könne er nicht sagen. Dies hänge von den Haushaltstiteln des MURL ab; in seinem Haushalt seien dafür keine zusätzlichen Mittel vorgesehen.

**Helmut Diegel (CDU)** bemerkt, die von Herrn Walsken angesprochenen Kürzungen bei den Schülerfahrkosten und für die Beamten könne die CDU-Fraktion ebenfalls nicht nachvollziehen. Der Unterschied bestehe nur darin, daß diese Einsparvorschläge im Parlament ausdiskutiert worden seien.

Der Redner betont noch einmal, daß die CDU-Fraktion dafür offen sei, gemeinsam eine Korrektur der Kürzung vorzunehmen. - Dies lehnt **Ernst-Martin Walsken (SPD)** erneut ab.